



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/V/12

14. Januar 1950

## Storch ohne Ausweg

---

R.D. "Es bedarf keiner Diskussion darüber, dass die Zahl der Arbeitslosen in der Bundesrepublik, die gegenwärtig 1,2 bis 1,3

Millionen beträgt, gesenkt werden muss!" schrieb unter dem 10.1. der DUD-Presse Dienst der CDU. Arbeitsminister Storch wusste mehr und

gab bekannt, dass am Jahresende 1 558 000 gezählt worden seien. Diese Entwicklung, so argumentierte er, sei zwar nicht erfreulich, doch

bestehe kein Anlass zu Besorgnis. Eine solche Bemerkung ist nur dann verständlich, wenn man auch die Beweisführung des DUD dazu kennt.

Sie lautet: Steigende Arbeitslosigkeit verpflichte besonders zur Investition von Kapitalien, was andererseits Steuersenkungen zu Kapital-

bildung notwendig mache, denn ein neuer Arbeitsplatz koste rund 1200 DM und wir müssten viele neue Arbeitsplätze schaffen.

Auch wir sind der Meinung, dass viele neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssten. Nur der hier vorgeschlagene Weg scheint uns da-

zu ungeeignet, denn die deutsche Wirtschaft hat in diesem Jahre 7,5 Milliarden D-Mark investiert und dennoch ist die Arbeitslosigkeit

dabei auf 1,5 Millionen angestiegen. Nur den Arbeitsminister braucht das nicht besonders zu sorgen, denn nach der Formel-je mehr Arbeits-

lose es gibt, umso mehr Investitionen und Steuersenkung zur Kapitalbildung sind nötig - kann es ja nur bedauerlich sein, wenn sich je-

mand ernsthaft um die Senkung der Arbeitslosigkeit bemüht.

Man bemüht sich auch wirklich nicht. Das ist der Bundesregierung offiziell aus den Büros der Besatzungsmächte bescheinigt worden, denn

man brücht in der wirtschafts- und lohnpolitischen Auseinandersetzung die industrielle Reservearmee als wirksames Druckmittel. Die ausge-

sucht mangelhaften Vorschläge des Arbeitsministers, der Arbeitslosigkeit zu begegnen, haben ihre Ursache nicht allein in der Konfusion

seines Ministeriums, sondern ebenso sehr darin, dass man eine wirksame Bekämpfung, die Planung und Lenkung erforderlich machen, innerhalb

des Bundeskabinetts nicht wünscht.

Konfusion? Was ist es denn anderes, wenn der Minister auf die Frage, ob auch die illegalen Grenzgänger in dieser Arbeitslosenziffer erfasst seien, mit Ja beantwortet. Ist es ihm unbekannt, dass auf seinen Arbeitsämtern niemand registriert werden kann, der nicht eine polizeiliche Meldebescheinigung und die Zuzugsgenehmigung des Wohnungsamtes vorzulegen vermag? Da aber zum Beispiel von 26.000, die allein nach Ulzen kamen, nur 18.000 aufgenommen wurden und anzunehmen ist, dass die übrigen auch zum erheblichen Teil nicht in die Ostzone zurückkehrten, muss die effektive Zahl der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet höher sein als die Zahl der Registrierten. Eine Bestätigung dafür sind die Berichte über die vagabundierende Jugend.

Diesem dringenden Problem tragen die Vorschläge des Arbeitsministers Storch in keiner Weise Rechnung. Sein erster Vorschlag, Ersuchen an die Hohen Kommissare um Erteilung der Produktionserlaubnis für die Fischer-Tropsch-Anlagen und ihre Umstellung auf die Alkoholherzeugung, entspricht zwar wirtschaftspolitischer Logik - denn was nützt uns die Einstellung der Demontage dieser Werke, wenn sie nicht produzieren dürfen - hat aber keinen Einfluss auf die Arbeitsmarktentwicklung. Die zweite Bitte an die Hohen Kommissare um Ausweitung unserer Industriekapazität ist solange wenig sinnvoll, wie wir die bisherigen Kapazitäten nicht einmal ausnutzen und wegen Absatzmangel, z.B. beim Stahl, unsere Produktion sogar freiwillig beschränken. Der dritte Vorschlag, den Reichswerken in Watenstedt wenigstens vier Hochöfen zu erhalten, wird selbst von der Bundesregierung für aussichtslos gehalten und würde nach ihren Schätzungen auch nur 10.000 Personen den Arbeitsplatz retten. Das wäre sehr begrussenswert, hätte aber mit dem Problem der Millionenarbeitslosigkeit ebenfalls nichts zu tun.

Die Auswanderung als Lösung in Erwägung zu ziehen, wie es Minister Storch dann ebenfalls tat, ist jedoch das Zugeständnis der völligen Hilflosigkeit, des Mangels an konstruktiven Ideen und an Mut, das Problem ernsthaft anzupacken. Es ist aber auch der Versuch, die Verantwortung auf andere abzuschieben. Und schliesslich ist auch der zu erwartende Wohnungsbau, dessen Finanzierung durchaus nicht so gesichert ist, wie das Bundeskabinett es gern darstellen möchte, keine wesentliche Entlastung. Bei 250.000 Wohnungen wäre weder der Bauplatz völlig ausgelastet, wie Minister Storch behauptet, noch würde er bis 400.000 Menschen mehr beschäftigen. Die 160.000 Wohnungen dieses Jahres und die Inflation an Geschäfts- und Industriebauten haben eine erhebliche Anzahl der vorhandenen Bauarbeiter ohne Beschäftigung gesehen. Wenn man bedenkt, dass mit der Schulentlassung 500 bis 600.000 junge Menschen stossweise auf den Arbeitsmarkt drängen, die bevorstehende Rationalisierung ebenfalls Arbeitskräfte freisetzt, die angestiegene Arbeitslosigkeit selbst zur Konsumbeschränkung und damit zu neuer Arbeitslosigkeit führt, so ist einem unerklärlich, wie Arbeitsminister Storch diese Entwicklung ohne Besorgnis entgegensehen kann.

## P u s z t a - K l ä n g e

-----  
 Von unserem Skandinavien-Korrespondenten

KRK. Im Herbst 1947, als der Arbeitermangel am grössten war, reisten auf Einladung der schwedischen Arbeitsmarktbehörden etwa 1100 ungarische Landarbeiter nach Schweden ein. Sie waren fleissig und genügsam und verdienten bald mehr, als sie je in ihrer Heimat verdient hatten. Das kümmerliche Gepäck, das sie von Ungarn mitgebracht hatten, war bald ergänzt durch Fahrräder, Nähmaschinen, Radio-Apparate, warme Kleider usw. Viele schickten ausserdem Geld nach Hause.

Als in Ungarn die "Volksdemokratie" einzog, setzte unter den ungarischen Landarbeitern die kommunistische Propaganda zur Heimkehr ein. Die Propagandakommission, die von einem schwedischen Bauernhof zum andern zog, hatte fast keinen Erfolg: nur ein Prozent der Angesprochenen erklärte sich freiwillig zur Rückkehr bereit. Die andern aber wurden im vergangenen Sommer mit wirksameren Methoden bearbeitet: man drohte, die Angehörigen in Ungarn zu verfolgen, oder man liess weder Geld noch Pakete nach Ungarn durch und drohte schliesslich mit Pass-Entzug. Gegen Ende 1949 reisten daher etwa 500 der Ungarn in die Heimat zurück, bepackt mit den Gütern, die sie sich im "kapitalistischen" Schweden angeschafft hatten.

Vor der Abreise dieses Kontingents war Frau Fügedi aus Skaltuna in Mittelschweden zu ihren Verwandten nach Ungarn zu Besuch gefahren. Zu Hause hatte sie sich bereit erklärt, unter den in Schweden verbliebenen Ungarn für die Rückkehr nach Ungarn zu agitieren. Dieser Verpflichtung verdankte sie die Erlaubnis, zu ihrem Manne in Schweden zurückzureisen. Sie begann dann auch sofort nach ihrer Ankunft in Västeras mit der Agitation, indem sie zum Entsetzen der ungarischen Vertretung in Stockholm die Wahrheit über das Schicksal der nach Ungarn zurückgekehrten Landarbeiter sagte.

Frau Fügedi berichtete, dass es überall in Ungarn russisches Militär gebe. Während ihres Aufenthaltes wurde ein Jugendfreund vom Nachbarhof von der russischen Polizei verschleppt. Ihre ehemaligen Arbeitskameraden von der ungarischen Arbeitsvermittlung wagten

mit ihr nur über gleichgültige Dinge zu reden. Aufgefordert, einen Vortrag über die Zustände in Schweden zu halten, wurde sie zugleich

gezwungen, die Zustände in diesem "Kapitalistenland" in den schwärzesten Farben zu schildern. Ebenso mussten die heimgekehrten Land-

arbeiter in Presse und Radio schildern, wie unmenschlich das Schicksal der Arbeiter in "Kapitalistenlande" Schweden ist. Allerdings

weckte die gute Kleidung der Heimkehrer Unbehagen bei den Hintermännern dieser Propaganda. Da man besorgt war, dass die von den Heim-

kehrenden mitgeführten Güter würden noch mehr Aufsehen erregen, ließ die Polizei die Güterwagen erst am Abend öffnen. Die neuen Fahr-

räder wurden von der Polizei sofort beschlagnahmt mit der Begründung, daß eine Krone in der Firmenmarke sei, was die monarchistischen Um-

triebe begünstige. Als aus dem Ausland kommend, waren die Landarbeiter politisch verdächtig. Soweit sie nicht sofort zur Militär-

dienstleistung eingezogen wurden, blieben sie ohne Arbeit. Ihren Unterhalt mussten sie dadurch bestreiten, daß sie die überführten

Habseligkeiten verkauften. Das mitgebrachte Geld wurde, wie aus anderen Quellen verlautet, von den Behörden beschlagnahmt.

Die in Schweden zurückgebliebenen 600 ungarischen Landarbeiter sind erklärte Feinde des kommunistischen Regimes. Die meisten von

ihnen haben Mindszentys Bild in ihrer Wohnung hängen. Die Drohung mit dem Entzug des Heimatpasses beantworteten sie damit, daß sie um die

Erteilung schwedischer Fremden-Flüchtlingspässe ansuchen.

-----  
Theaterdonner an Ruhr und Leine  
-----

sp. Während der bayrische KP-Landesvorstand einstimmig beschliesst, den "Kampf gegen den Titoismus" fortzusetzen, und die

Hamburger KP hohe Funktionäre ausschliesst, wird vom Zentralvorstand der KP ein Theaterdonner entwickelt, der über die Zersetzung inner-

halb der gesamten westdeutschen KP hinwegtäuschen soll. An zwei Stellen donnert es besonders theatralisch: im Ruhrgebiet und in

Wiedersachsen. Im Ruhrgebiet sind es die "Internationalen Massenkundgebungen gegen Ruhrstatut und Remilitarisierung", in Wiedersachsen

ist es der sogenannte Demontageprozess.

Die Internationalisierung der Massenkundgebungen geschieht in der Form, dass irgend ein kommunistischer Funktionär aus Osteuropa im Auftrage des Kreml sich neben Max Reimann stellt und zu den demagogischen Ausführungen des KP-Chefs beifällig nickt. Da die Massen ausbleiben, wird die Phantasie der "Volkskorrespondenten" mobilisiert. In Dortmund wurden von neutralen Beobachtern 10 - 12 000 Teilnehmer der Kundgebung gezählt, die KP-Presse sprach von 30 000. In Düsseldorf sollen es 10 000 gewesen sein, 2000 waren es. Von Begeisterung liest man ebenfalls nur in KP-Blättern, in den Kundgebungen selbst ist davon nichts zu spüren, weil die Mehrzahl der Teilnehmer aus Neugier, nicht aus Überzeugung kommt.

Ähnlich ist es mit dem KP-Rummel um den "Demontageprozess" in Niedersachsen. Die leider wenig einsichtsvolle Haltung der Besatzungsmächte in der Frage der ehemaligen Reichswerke bot den Kommunisten einen Anlass zu dem Versuch, ihre Parteisuppe am allgemeinen Feuer zu wärmen. Es gibt sogar einige wirkliche Demokraten, die aus einem in diesem Falle falsch angewendeten Rechtsgefühl den kommunistischen Argumentationen erliegen. Leider gibt die Besatzungsmacht den Kommunisten dabei Gelegenheit, die Frage der Immunität deutscher Abgeordneter gegenüber der englischen Gerichtsbarkeit grundsätzlich aufzurollen. Die Absurdität des ganzen Rummels mag man daraus erkennen, daß ausgerechnet die Kommunisten sich zu Vorkämpfern für Pressefreiheit stempeln. Jedoch, die Sowjetgrenze ist zu nahe und die Vergleichsmöglichkeiten sind zu gross, als daß es den Kommunisten gelingen könnte, aus ihrer Propaganda-Offensive Kapital zu schlagen.

#### Schwarzhandel in Volksdemokratien

sp. Das amtliche tschechische Pressebüro gab bekannt, daß in der Tschechoslowakei im Monat November allein 8 995 Anzeigen wegen Schwarzhandel und sonstiger Übertretungen der Ernährungsverschriften überprüft werden mussten. Insgesamt wurden in diesem Monat wegen solcher Delikte in 7 666 Urteilsfällungen rund 60 Jahre Strafhaft verhängt. An Strafgebühren wurden in diesem einen Monat mehr als 50 Millionen Kcs erhoben.